

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Stabilität in der Eurozone dauerhaft sichern! Bundeskanzlerin für Änderung der europäischen Verträge

Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigte an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag in ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat vom 28./29. Oktober 2010 die Vereinbarung von Frankreich und Deutschland zum EU-Stabilitätspakt.



Sie bezeichnete die Einigung als "großen ersten Schritt" zu einer Zustimmung aller EU-Mitglieder über neue Regeln zum Schutz des Euro und der

nationalen Haushalte. Angela Merkel betonte, dass es nicht reiche, dass die Europäische Union die Wirtschaftskrise in den Griff bekommen habe. Merkel: „Mein Ziel und das Ziel dieser Regierung ist, dass der Euro dauerhaft stabil ist.“

Der Kurs der Regierung bei der Bewältigung der Krise, nämlich auf Reformen und Sparmaßnahmen zu bestehen, sei der einzig richtige gewesen. Fast alle EU-Länder hätten sich dem deutschen Konsolidierungskurs angeschlossen. Dies sei auch notwendig, denn noch sei nicht ausgemacht, ob Europa dauerhaft gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.

Vor diesem Hintergrund sei das Treffen des Europäischen Rates von höchster Bedeutung, um die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen und die Wirtschafts- und Währungsunion langfristig auf ein stabiles Fundament zu stellen. Deutschland und Frankreich hätten auf dem Weg zu diesem Ziel gemeinsam die Führung übernommen. Eine deutsch-französische Einigung sei zwar nicht alles, aber ohne eine solche sei Vieles nichts.

Worum geht es beim aktuellen EU-Gipfel?

Schwerpunkt bei diesem Gipfel sind Wirtschafts- und Finanzfragen. Hierzu hat die sogenannte „Van-

Rompuy Task-Force“ einen Bericht vorgelegt, den CDU und CSU grundsätzlich unterstützen. Er enthält gewaltige Fortschritte gegenüber dem bisherigen Status quo. So sollen die Stabilitätsregeln verschärft werden, um auf Fehlverhalten einzelner Mitgliedsstaaten reagieren zu können.

Außerdem sollen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um die langfristige Stabilität in der Eurozone zu sichern. Der Bericht stellt somit die Weichen für ein effizientes Frühwarnsystem zur wirtschaftlichen Überwachung. Dieses System wird zur besseren Begrenzung der Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten dienlich sein. Ein noch zu entwickelndes neues Regelwerk wird dabei helfen, zukünftige Krisen auf den (Staats-) Anleihemärkten zu bewältigen.



Nachdrücklich unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber hinaus den Vorschlag der Bundeskanzlerin, ein geordnetes Entschuldungsverfahren für hoch verschuldete Euro-Staaten einzuführen, mit dem künftig nicht ausschließlich die Steuerzahler, sondern auch die Gläubiger eines in Not geratenen Landes an einer Rettungsaktion beteiligt werden können.

Zu diesen Vorhaben Angela Merkel: „Schon heute ist klar: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt erhält mehr Biss.“ Aber auch mit den schärfsten Stabilitätsregeln könne man nicht zu hundert Prozent ausschließen, dass es zu einem extremen Krisenfall komme. Man müsse heute Vorsorge zur Bewältigung künftiger Krisensituationen treffen. Dazu bräuchte es einen neuen, robusten Krisenbewältigungsrahmen für Notfälle. Dieser

Rahmen müsse rechtlich unangreifbar sein. Die Bundeskanzlerin war sich in ihrer Regierungserklärung sicher: „Gelingen wird das nur mit einer Änderung der europäischen Verträge!“ Ohne eine solche Vertragsänderung werde Deutschland dem Bericht der Arbeitsgruppe von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy nicht zustimmen.

Sie werde darauf drängen, dass der EU-Gipfel Van Rompuy einen präzisen Auftrag erteilt, bis spätestens März 2011 Vorschläge für eine Vertragsänderung vorzulegen. Denn bis zum Sommer 2013, wenn der sogenannte EU-Rettungsschirm ausläuft, müsse eine Einigung verabschiedet sein. Angela Merkel: „Für mich ist die Zustimmung zum Bericht der Van Rompuy-Arbeitsgruppe und ein präziser Auftrag an Herman Van Rompuy nicht voneinander zu trennen!“

DIESE WOCHE IM PLENUM:

Energiekonzept verabschiedet

In dieser Woche wurde in zweiter und dritter Lesung das Energiekonzept verabschiedet, welches eine Gesamtstrategie zur Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung darstellt. „Heute geht es um nicht weniger als die Verabschiedung des weltweit ambitioniertesten Energiekonzeptes“, eröffnete der Waiblinger Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Joachim Pfeiffer die Debatte im Bundestag.



Das Konzept stelle einen "Marshallplan für den Umbau der deutschen Energiewirtschaft" dar, so Pfeiffer. Die Verlängerung der Atomlaufzeiten und die Abschöpfung von 30 Milliarden Euro der zusätzlichen Gewinne der Betreiber seien notwendig, um den Umbau der Energieversorgung bis 2050 bezahlbar zu machen. Die Koalition werde "den unstrittigen volkswirtschaftlichen Nutzen der Kernenergie nützen und abschöpfen".

Gleichzeitig betonte er das Ziel der drastischen Verringerung der Treibhausgase bis 2050 und des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Die Koalition lege mit dem Konzept dar, wie diese Ziele konkret zu erreichen seien. So beschreibt das Konzept erstmalig den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien und zeichnet die Entwicklung und Umsetzung einer bis 2050 reichenden Gesamtstrategie vor.

Im Energiemix der Zukunft sollen die erneuerbaren Energien den Hauptteil übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch erneuerbare Energien ersetzt. Die Kernenergie baut eine Brücke auf dem Weg dorthin. Das Energiekonzept wird durch ein 10-Punkte-Sofortprogramm ergänzt. Dieses umfasst zehn besonders vordringliche Maßnahmen, die bereits zum Ende des kommenden Jahres realisiert werden sollen.

Jahressteuergesetz 2010 beschlossen

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde in dieser Woche das Jahressteuergesetz 2010 beschlossen. Es setzt Maßnahmen um, die sich im Laufe eines Jahres aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben und Anregungen von Verwaltung und Verbänden ergeben haben.

Auch wenn das Jahressteuergesetz 2010 naturgemäß überwiegend steuerrechtliche Anpassungen enthält, so werden zugleich wichtige steuerpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dabei konnte die Union in den parlamentarischen Beratungen weitere Verbesserungen erreichen. Unter den rund 180

Regelungen sind zahlreiche „technische“ Änderungen, aber auch politisch bedeutsame Maßnahmen, wie beispielsweise die steuerliche Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers.

Sie gilt entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts künftig auch wieder in den Fällen, in denen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht; die Neuregelung gilt rückwirkend auch für alle noch offenen Fälle ab 2007.



Dies entlastet die Steuerzahler um jährlich 250 Mio. Euro. Der zuständige Berichterstatter im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und nordbadische Bundestagsabgeordnete Olav Gutting erklärte: „Mit dem Jahressteuergesetz 2010 setzt die christlich-liberale Koalition ihren steuerpolitischen Wachstumskurs fort. Durch die steuerliche Berücksichtigung neuer Tatbestände und durch die Beseitigung von Bürokratiekosten entlasten wir die Steuerzahler in einem Gesamtvolumen von rund einer Milliarde Euro“.

Neuregelung der Sicherungsverwahrung

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung beraten. Durch eine umstrittene Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sind im vergangenen Jahr Schutzlücken im Recht der Sicherungsverwahrung entstanden, die schnellstmöglich geschlossen werden müssen.



Mit dem „Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter“ soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, um diejenigen Altfälle unterzubringen, die nach dem Urteilsspruch des Menschenrechtsgerichtshofs auf Freilassung geklagt haben oder noch klagen können. Dabei handelt es sich um etwa 100 Sicherungsverwahrte, die unverändert als gefährlich gelten“, erklärte der Innenpolitiker und Böblinger Abgeordnete Clemens Binninger.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl zu Walter Sittler:

**„Der Anti-S-21-Aktivist besitzt ein mangelndes Demokratieverständnis“
(25.10.2010)**

In der ZDF-Sendung ‚Markus Lanz‘ hat Walter Sittler, einer der führenden Aktivisten gegen das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21, den Wählerinnen und Wählern in Baden-Württemberg den Fehler vorgeworfen, seit über 50 Jahren eine Regierungsbeteiligung der CDU ermöglicht zu haben.



(Sein Vater war Nazi-Funktionär und arbeitete für Reichspropagandaminister Joseph Goebbels: Walter Sittler, Propagandist der S21-Bewegung)

Dazu erklärt Thomas Strobl MdB, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg:

„Das Demokratieverständnis, das Vertreterinnen und Vertreter der Anti-S21-Bewegung zur Schau stellen, ist ausgesprochen bemerkenswert. Nicht nur, dass sie die Rechtmäßigkeit demokratisch gefasster Entscheidungen bezweifeln und bestreiten und ein vermeintlich höheres Recht für sich in Anspruch nehmen wollen – jetzt greifen sie auch noch zur Wählerbeschimpfung. Ich kann jedermann nur raten, die Stimme der Wählerschaft mit Demut zur Kenntnis zu nehmen: Die Wählerinnen und Wähler sind der Souverän. Es steht niemandem an, die Wählerinnen und Wähler für ihre Entscheidungen zu kritisieren. Tatsächlich entlarvt sich Sittler mit dieser Äußerung als das, was er ist: jemand, der in Wahrheit mit unserer Demokratie nichts am Hut hat.“

**Thomas Strobl begrüßt
Konstituierung der Stiftung
„Flucht, Vertreibung,
Versöhnung“:**

**Anlässlich des Berichtes von
Staatsminister Neumann im Ausschuss
für Kultur und Medien zur
Konstituierung der Stiftung Flucht,
Vertreibung, Versöhnung erklären der
kultur- und medienpolitische Sprecher**

der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion**
Wolfgang Börnßen (Bönstrup) und der
zuständige **Berichterstatter Thomas**
Strobl (28.10.2010):



Einstimmig hat der Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung das Eckpunktepapier für seine Arbeit beschlossen. Damit haben die 19 anwesenden Mitglieder dieses neuen Gremiums auch ein Beispiel im Sinne des Versöhnungsgedankens geleistet. Mit der Einstellung der Dokumentation in das Netz wird Transparenz und eine breite Debatte ermöglicht, ein vorbildlich offenes Verfahren!

- Endlich wird jetzt dem erschütternden Thema der Vertreibung eine eigene Dauerausstellung ermöglicht.
- Eindeutig bleibt es bei der europäischen Dimension dieser Problematik, d.h. neben den Vertriebenen unseres Landes werden auch die Opfer der ethnischen Säuberungen in ganz Europa mit einbezogen.
- Erfreulich ist, dass es bis auf die Fraktion der Linken keine Querschüsse gegeben hat. Die Vertreibungsthematik mit Millionen traurigen Schicksalen ist ungeeignet für parteipolitische Spielchen.

Dass die gesamte Arbeit der Stiftung sich an dem Beschluss des Deutschen Bundestages klar orientiert, ist sachlich und historisch geboten, vermeidet Missverständnisse und wird dem nationalen wie internationalen Ansehen einer Stiftung dienen, deren Einrichtung durch eine große parlamentarische Mehrheit erfolgt ist.

Zitat zum Schluss:



(Die Grünen provozierten gestern in „Nonkonformisten Uniform“ im Bundestag)

«Es hat keinem Parlament in der Geschichte gutgetan, wenn eine Fraktion einheitlich gekleidet aufgetreten ist.»



(Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Jörg van Essen, am 28.10. über das Auftreten der Grünen bei der Energiedebatte im Bundestagsplenium)